

Handreichung



BUNDjugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

Erfolgreich Anträge auf der Bundesjugendversammlung (BJV) stellen!

Die Bundesjugendversammlung (BJV) ist das höchste Gremium der BUNDjugend. Hier werden Schwerpunkte gesetzt, neue Impulse entwickelt und verschiedene Sichtweisen diskutiert. Eine Möglichkeit, dies alles zu tun, ist es, einen Antrag an die BJV zu stellen. Auf der BJV 2015 wurde der Bundesvorstand beauftragt, Möglichkeiten zur politischen Positionierung des BUNDjugend Bundesverbands zu prüfen, was den Auftakt für einen zweijährigen Prozess zur Fragen der politischen Wirksamkeit und Politisierung in der BUNDjugend darstellte. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesjugendrat (BuJuRat) wurde dabei auch die Frage diskutiert, was einen starken, wirksamen Antrag an die BJV ausmacht. Diese Handreichung fasst die wichtigsten Ergebnisse dieser Diskussion zusammen und stellt mögliche Antragsformen vor. Damit ihr die Mitbestimmungsmöglichkeiten der BUNDjugend gut nutzen könnt und eure Anliegen Gehör finden!



**Vieles ist möglich.
Wir müssen es nur tun.**



FAQ | Das Wichtigste in Kürze

Wer kann einen Antrag an die BJV stellen?

Alle Mitglieder der BUNDjugend sind antragsberechtigt, einzeln oder als Gruppe. Darüber hinaus können Anträge auch durch Gremien wie einen Landesjugendvorstand, den Bundesjugendrat oder Bundesjugendvorstand erfolgen.

Wann und wie muss der Antrag gestellt werden?

Die Fristen sind in den Richtlinien der BUNDjugend geregelt: Für richtlinienändernde Anträge beträgt die Frist sechs Wochen vor der BJV, für alle anderen drei Wochen. Die genauen Daten werden im ersten Einladungsschreiben zur BJV mitgeteilt, das ca. zwei Monate vor der BJV verschickt wird. Der Antrag kann per E-Mail an den*die Geschäftsführer*in der BUNDjugend oder den Bundesjugendvorstand geschickt werden – am besten als bearbeitbare Textdatei, weil er für die BJV in einheitliche Form gebracht wird.

Leitantrag, Position, Positionierung und Resolution: Was ist da was?

Die BUNDjugend erstellt keine Positionen im Sinne von Positionspapieren, so wie z.B. der BUND. Das hat den Grund, dass die BUNDjugend keine politische Lobbyarbeit macht. Eine Positionierung ist zunächst jede wertende Äußerung zu einem bestimmten Thema und kann über ganz verschiedene Wege erfolgen, z.B. Onlinemedien, Broschüren, Flyer oder auch einen Antrag auf der BJV. Ein Leitantrag ist eine spezielle Form der Positionierung, der zu einem Schwerpunktthema gestellt wird, eine grundsätzliche Stellungnahme enthält und daher oft umfangreicher als andere Anträge ist. Eine Resolution ist ebenfalls eine spezielle Form der Positionierung, oft zu einem aktuellen Thema und hat einen besonders auffordernden Charakter. Wir raten von Resolutionen und Leitanträgen in der BUNDjugend tendenziell ab, da sie für die laufende Arbeit eine recht geringe Bedeutung haben.

Was macht einen guten Antrag aus?

Ein guter Antrag wird nicht um des Antrags Willen gestellt, sondern hat ein klares Ziel und Anliegen an den BUNDjugend Bundesverband und benennt, was von wem erledigt werden soll. Generell sollten Anträge verständlich und so kurz wie möglich verfasst werden, außerdem sollten Quellen genannt werden. Wichtig: Die Begründung wird nicht beschlossen, alles was passieren soll, muss in den Beschlussvorschlag.

Was sind redaktionelle Änderungen?

Darunter fällt alles, was mit korrekter Rechtschreibung und Grammatik zu tun hat. Da alle Anträge vor einer Veröffentlichung sorgfältig geprüft werden, ist dafür keine Wortmeldung auf der BJV notwendig. Es kann sich aber auch um Vorschläge zur Darstellung und zum Aufbau/der Struktur handeln. Hier empfiehlt es sich, zuerst mit dem*der Antragssteller*in zu klären, ob sie bereit ist, entsprechende Änderungen vorzunehmen, anstatt im Plenum zu diskutieren.

Was ist ein Initiativantrag?

Das sind Anträge, die aufgrund kurzfristiger Ereignisse nicht innerhalb der in den Richtlinien festgelegten Fristen gestellt werden, sondern bis zu einer festgelegten Frist auf der BJV (z.B. Samstag um 12:00 Uhr) gestellt werden.

Wie wird auf der BJV über die Anträge abgestimmt?

Auf der BJV gibt es Workshops zu den Anträgen, in denen erste Fragen geklärt und Vorschläge mit dem*der Antragssteller*in diskutiert werden können. Daraufhin können Änderungsanträge (ÄÄ) gestellt werden, sofern es keinen Konsens gibt. In der Antragsphase wird der Antrag durch den*die Antragssteller*in dem Plenum, das heißt allen Delegierten, vorgestellt. Daraufhin folgt eine Diskussion, in der auch ÄÄ gestellt werden können. Diese kann der*die Antragssteller*in dann übernehmen, oder sie werden einzeln abgestimmt. Dabei wird immer der weitestgehende ÄÄ zuerst abgestimmt. Das Vorgehen und die Regeln der BJV sind in ihrer Geschäftsordnung (GO) geregelt.

Welche Mehrheit braucht ein Antrag, um angenommen zu werden?

Ein richtlinienändernder Antrag braucht eine 2/3-Mehrheit (§ 10 der Richtlinien), ansonsten genügt eine einfache Mehrheit. Stimmgleichheit bei der Abstimmung über Anträge gilt als Ablehnung. Stimmenthaltungen werden nicht gewertet.

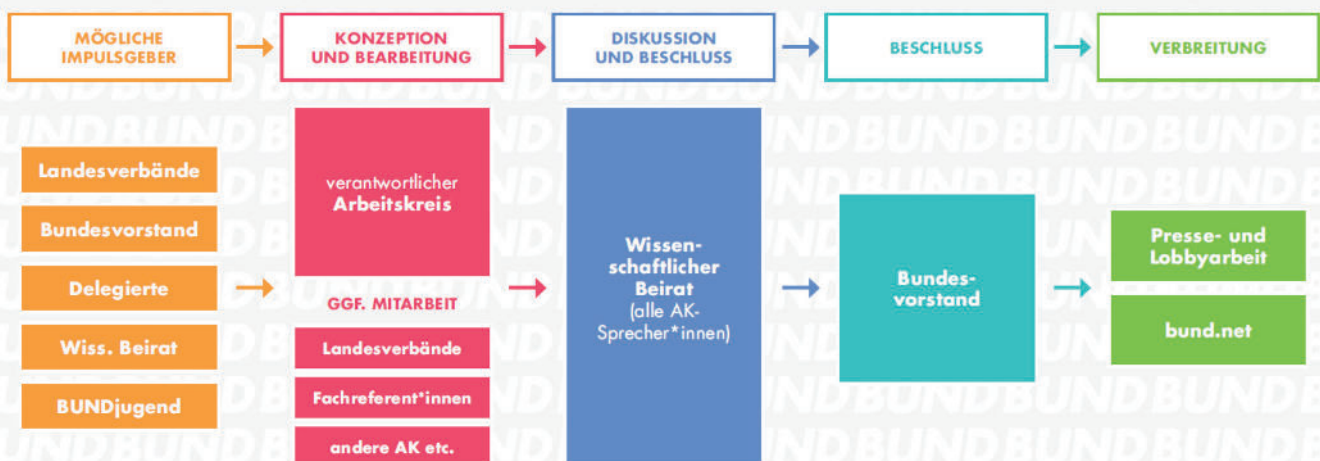
Was, wenn der Antrag abgelehnt wird?

Das kann ein Signal für weiteren Diskussionsbedarf sein. Suche im Zweifel das Gespräch mit dem Bundesjugendvorstand, um Alternativlösungen zu diskutieren.

Wie funktioniert das eigentlich beim BUND?

Der Wissenschaftliche Beirat (WB), bestehend aus 20 AK-Sprecher*innen und der Wissenschaftskommission, spielt eine zentrale Rolle. Der BUND hat außerdem viele verschiedene Publikationsformate, die teilweise intern sind. Ganz genau sieht der Prozess so aus:

WIE ENTSTEHT EIGENTLICH EINE BUND-POSITION?



Was soll der Antrag erreichen? Antragsformate im Überblick

POSITIONIERUNG

1. Für welche Ziele ist eine Position gut geeignet?

Die Position stellt einen inhaltlichen Beschluss dar und enthält zentrale Forderungen der BUNDjugend (in erster Linie an die Bundespolitik). Sie bildet die Grundlage, anhand derer der Bundesverband die Arbeit im jeweiligen Themenbereich orientiert. Zum Beispiel berücksichtigen Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle Positionen bei der Erstellung von Materialien (Broschüren, etc.), in der Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, etc.), in der Zusammenarbeit mit dem BUND oder in der Netzwerk- und Bündnisarbeit. Ein Antrag in Form einer Position bietet sich insbesondere für kontroverse oder auch neue Themen an. Auch politische Ereignisse wie anstehende Abstimmungen können ein guter Anlass sein. Dabei ist aber zu bedenken: Die BUNDjugend macht keine politische Lobbyarbeit im engeren Sinn, sondern sendet einzelne Impulse an die Politik. Deshalb dienen Positionen in erster Linie als Argumentationsgrundlage für Mitglieder und Aktive.

2. Aufbau

Kurze und prägnante Forderungspapiere mit 3 bis 8 Forderungen (max. zwei Seiten, besser eine) zu einem klar umrissenen Thema oder Anlass erhöhen die Lesebereitschaft und erleichtern die Umsetzung/Nutzung. Wir raten stark von längeren Anträgen ab, sie werden erfahrungsgemäß kaum genutzt. Den Beginn der Position bildet ein eingängiger Absatz zu den Hintergründen des Themas. Im Nachgang folgen 5 bis 8 stichpunktartige Forderungen mit jeweils einem erklärenden Absatz aus 4 bis 7 Sätzen. Ideal ist es, wenn positive Leitbilder verwendet werden und der Fokus auf Chancen liegt (Was wollen wir? Wofür steht die BUNDjugend? Statt nur: Was läuft falsch?) sowie konkrete politische Anknüpfungspunkte aufgezeigt werden. Idealerweise werden auch begleitende Maßnahmen mitgedacht: Brauchen wir bestimmte Materialien (Flyer, Sticker, Broschüren, Aktionsleitfaden o.ä.) zu dem Thema? Wollen wir kleine Videos oder eine Fotoaktion machen? Ist davon etwas haushaltsrelevant?

3. Was passiert nach Annahme des Antrags?

Die Bundesgeschäftsstelle berücksichtigt Positionen bei der Erstellung von in diesen Themengebieten relevanten Materialien. Diese dürfen keine gegenteilige Meinung / Forderung vertreten und sollten nach bestem Ermessen die Forderungen und Inhalte aufgreifen. Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle müssen die Position jedoch nicht in der Schwerpunktsetzung für die Jahresplanung berücksichtigen.

Die Bundesgeschäftsstelle stellt die Position auf der Webseite vollständig zu Verfügung.

Der Bundesvorstand vertritt die Forderungen nach außen, so denn sich der Anlass bietet.

Die Landesverbände vertreten nach außen keine gegenteilige Meinung zu von der Bundesjugendversammlung beschlossenen Positionen.

4. Begleitende Maßnahme:

Auf jeder Bundesjugendversammlung finden sich freiwillige Personen in einem Team zusammen, welches zur nächsten Bundesjugendversammlung Positionen vorbereitet und einbringt. Das Team prüft, inwieweit bestehende Positionen eine Aktualisierung benötigen oder anstehende Ereignisse und Aktivitäten des Verbandes in Hinsicht auf politische Geschehnisse in Deutschland und der Welt eine Positionsfindung benötigen. Hierzu erfolgen Koordination und Organisation des Teams durch eine Person aus dem Bundesvorstand.

BEAUFTRAGUNG

1. Für welche Ziele ist eine Beauftragung gut geeignet?

Eine Beauftragung gibt Orientierung für die operative Arbeit des Bundesverbands und enthält Richtungsweisungen für die Veränderung und Erweiterung unserer Strukturen. Sie setzen Schwerpunkte für die weitere Arbeit des Bundesverbands. Alternativ kann auch eine weitere Recherche oder Auseinandersetzung gewünscht sein. Wichtig bei einer Beauftragung ist es, zu überlegen wer bis wann beauftragt wird. Es ist meistens sinnvoll, vor Antragsstellung Kontakt zu diesen Personen/Gremien aufzunehmen, um ihre Perspektive miteinzubeziehen und das Anliegen strategisch in die laufende Arbeit einzubinden.

2. Aufbau

Der Auftrag umfasst bestenfalls maximal zwei Seiten, besser eine Seite. Er gliedert sich in zwei Teile. Erstens enthält er einen Beschluss, welcher die vom Bundesverband umzusetzenden Punkte enthält. Delegierte können Aufträge unterschiedlichster Art stellen. Zum Beispiel betreffen Aufträge die Jahresplanung oder organisatorische Maßnahmen. Im Anschluss erfolgt eine möglich kurzweilige Begründung (rund ½ Seite) für den Antrag. Diese wird nicht beschlossen.

3. Was passiert nach Annahme des Antrags?

Die adressierten Gremien müssen den Auftrag erfüllen und Rechenschaft auf der nächsten Bundesjugendversammlung ablegen. Die Begründung des Antrages ist nicht Bestandteil der Auftrags Erfüllung. Die Bundesgeschäftsstelle stellt die Beschlussfassung ohne Begründung auf der Webseite zur Verfügung.

FINANZRELEVANTER ANTRAG (auch: Haushaltsrelevanter Antrag)

1. Für welche Ziele ist ein finanzrelevanter Antrag geeignet?

Finanzrelevante Anträge führen zu einer Änderung des Haushaltsplans für das laufende Jahr.

2. Aufbau

Für finanzrelevante Anträge gelten die gleichen Bedingungen wie für Aufträge. Allerdings enthalten finanzrelevante Anträge konkrete Zahlen oder Personalentscheidungen. Zum

3. Was passiert nach Annahme des Antrags?

Der Bundesverband muss finanzrelevante Anträge erfüllen und Rechenschaft auf der nächsten Bundesjugendversammlung ablegen.

Richtlinienändernder Antrag (beim BUND: Satzungsändernder Antrag)

1. Für welche Ziele ist eine Richtlinienänderung gut geeignet?

Die Richtlinie ist im Prinzip das Grundgesetz der BUNDjugend. Darin ist festgelegt, welchen Zweck die BUNDjugend verfolgt, wie die BUNDjugend geführt werden soll oder welche Aufgaben und wie sie zu erfüllen sind. Anträge zur Richtlinienänderungen müssen spätestens 6 Wochen vor der BJV eingereicht werden und benötigen eine 2/3 Mehrheit. Möglich ist auch, dass eine Satzungsänderung beim BUND einer Richtlinienänderung bei der BUNDjugend vorangeht.

2. Aufbau

Der Antrag zur Richtlinienänderung enthält den zu ändernden Satz / Absatz aus der Richtlinie. Darin sind die Änderungen durch eine anschauliche Weise (zum Beispiel Durchstreichen von Passagen oder Ergänzungen in kursiver Schreibweise) dargestellt. Einleitend weist der Antragsteller mit einem Satz daraufhin, dass die Richtlinie von der BJV wie vorgeschlagen zu ändern ist.

3. Was passiert nach Annahme des Antrags?

Die Richtlinie wird entsprechend abgeändert.

Positionierung

Gemeinsam Druck machen für eine zukunftsfähige Bundespolitik

Die Bundesjugendversammlung ruft alle Mitglieder, Aktiven und Jugendgruppen der BUNDjugend dazu auf, bei der diesjährigen Bundestagswahl wählen zu gehen und im Vorfeld der Wahl gemeinsam Druck für eine zukunftsfähige Bundespolitik zu machen. Dabei kann ein breites Aktionsspektrum ausgeschöpft werden: Über Podiumsdiskussionen/Kandidat*innengespräche im Wahlkreis, Beteiligung bei der U18-Wahl (www.u18.org/bundestagswahl-2017/), Einbringen von Forderungen in Kataloge von SJR, KJR oder LJR oder öffentliche Aktionen zu entscheidenden Wahlfeldern.

Die BUNDjugend fordert eine Bundespolitik, die sich den Herausforderungen der sozialökologischen Transformation ambitioniert stellt:

Ein gutes Leben für alle! Suffizienz thematisieren.

Die Neuauflage 2016 der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthält auf ihren rund 300 Seiten kein einziges Mal das Wort „Suffizienz“, sondern hält an dauerhaftem, breitenwirksamen und nachhaltigem Wirtschaftswachstum (UN-Entwicklungsziel 8) fest. Doch nur, wenn wir anfangen, in politischen Gremien über ein „Zu viel“ und „Genug“ zu sprechen, halten wir das Ziel, als Land des globalen Nordens eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik des 21. Jahrhunderts zu betreiben, auch ein. Ein würdevolles Leben für alle Menschen innerhalb der planetaren Grenzen ist möglich! Aber internationale Verpflichtungen wie der Klimavertrag der COP21 in Paris können mit Effizienz allein nicht erfüllt werden. Deshalb fordern wir die zu wählende Bundesregierung dazu auf, Lebensstile, die nicht auf Kosten anderer gehen, zu ermöglichen und Strategien für eine wachstumsunabhängige Gesellschaft zu entwickeln.

Vielfalt gemeinsam gestalten!

Keine Kollaboration mit rechts.Rechte Parteien und Organisationen brauchen die Kollaboration mit anderen politischen Akteur*innen, um Erfolg zu haben. Diese Kollaboration kann viele Gesichter haben: Sei es die Übernahme von rechtem Vokabular, die Beschwörung menschenfeindlicher Vorurteile und Klischees oder schlicht mangelnde konsequente Distanzierung. Wir wollen in einer offenen Gesellschaft leben, die Vielfalt zu schätzen weiß und ermöglicht. Deshalb fordern wir von der zu wählenden Bundesregierung klare Bekenntnisse zu ethnischer, kultureller, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Paris genügt nicht! Klimagerecht vorgehen.

Die bisher im Klimaabkommen von Paris zugesagten Beiträge reichen nicht aus, den Klimawandel unter der lebensbedrohlichen Grenze von 1,5°C zu halten. Mit der zu erwartenden Blockade der internationalen Klimapolitik durch die USA, sind gerade Europa und Deutschland gefordert, Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen. Mit der kommenden Legislaturperiode muss der Bundestag einen Plan zum Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern vorlegen; der Abschied vom dreckigsten Energieträger Braunkohle muss sofort eingeleitet werden. Damit die Menschen in den betroffenen Regionen nicht unter den Auswirkungen des Strukturbruchs leiden, muss vor Ort in neue Perspektiven investiert und der Wandel sozialverträglich gestaltet werden.

Agrarwende einleiten! Vielfalt in der Landwirtschaft schaffen

„Wachse oder weiche“ – das ist das Motto der aktuellen Landwirtschaftspolitik. Viele kleinbäuerliche Betriebe müssen aufgeben, da sich die Produktion von Lebensmitteln für sie nicht mehr rentiert. Die Erzeugung von Lebensmitteln darf nicht von wenigen großen Weltkonzernen bestimmt werden, sondern jede*r soll die Möglichkeit haben, zuentscheiden, auf welche Weise er oder sie welche Produkte anbauen beziehungsweise essen möchte. Die Lebensmittelproduktion kann nicht länger auf Kosten der Umwelt gehen, ohne dass diese ökonomisch ins Gewicht fallen. Wir brauchen sauberes Grundwasser, biologische Vielfalt und fruchtbare Böden, um nachhaltig Lebensmittel zu produzieren. Wir fordern ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik: Öffentliche Gelder dürfen nicht länger Großbetriebe und Massentierhaltungen unterstützen.

Keine Lernfabriken! Bildung und Forschung für die Große Transformation.

Die Verknüpfung von formaler Bildung in Schule und Hochschule mit nonformaler und informeller Bildung, wie sie im ehrenamtlichen und gesellschaftlichen Engagement mit hervorragenden Ergebnissen geleistet wird, ist wichtig und zukunftsweisend. Die BUNDjugend fordert die Bundesregierung, Landesregierungen, die Kultusministerkonferenz sowie Universitäten und Hochschulen dazu auf, ehrenamtliches Engagement nicht zu behindern, sondern als zentralen Bestandteil des Bildungsweges zu ermöglichen. Ebenso braucht es eine Ausrichtung der Forschungspolitik an den Herausforderungen der Großen Transformation. Dabei gilt es, besonders die sozialwissenschaftliche und transdisziplinäre Forschung zu stärken, denn diese liefert wichtige Beiträge für soziale Innovationen.

Mobilität dekarbonisieren – Verkehrswende einleiten

Ein großer Teil des in Deutschland ausgestoßenen CO₂ geht auf den Verkehrssektor zurück. Zum Erreichen der Klimaziele ist eine Reduktion der Verkehrsemissionen dringend nötig. Dies ist nur durch eine nachhaltige Stärkung des Beschlossenen auf der Bundesjugendversammlung der BUNDjugend am 06.05.2017 Umweltverbundes (Öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, Fußverkehr) und alternative Mobilitätsangebotessowie deren intelligente Vernetzung erreichbar. Dadurch kann die Lebensqualität in Städten und Gemeinden langfristig verbessert werden, da die Feinstaub- und Lärmbelästigung verringert würde.

Fairer Handel statt Freihandel

In den vergangenen Jahren haben internationale Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA große Proteste in Deutschland und ganz Europa ausgelöst. Die Kritik hat sich dabei nicht nur gegen die intransparenten Verhandlungen gerichtet, sondern auch gegen den Eindruck, dass die Abkommen vor allem den Interessen exportorientierter Großkonzerne und Investoren dienen. Errungenschaften in Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Sozialstandards werden dem untergeordnet. Nun ist ein weiteres Handelsabkommen zwischen der EU und Japan geplant. Deshalb fordern wir von der zu wählenden Bundesregierung, dass aus vergangenen Fehlern gelernt wird. Die deutsche Bundesregierung muss in möglichen zukünftigen Verhandlungen stärker auf dem in Europa vorherrschenden Vorsorgeprinzip beharren und auf Regeln zum Investorenschutz verzichten. Alle Handelsabkommen müssen verbindliche soziale und ökologische Standards beinhalten und internationalen Menschenrechts- und Umweltkonventionen untergeordnet werden.

Antragssteller:

Bundesvorstand

Beschlossen auf der Bundesjugendversammlung
der BUNDjugend am 06.05.2017

Beauftragung

Politische Positionen der BUNDjugend prüfen und weiterentwickeln

Die Bundesjugendversammlung beauftragt den neu gewählten Bundesvorstand, alle von der Bundesjugendversammlung beschlossenen Positionen der letzten fünf Jahre auf ihre Aktualität zu überprüfen. Gleichzeitig wird der Bundesvorstand beauftragt, für die aktuelle Arbeit des BUNDjugend-Bundesverbandes relevanten Politikfelder zu definieren und zu analysieren, in welchen Bereichen eine politische Positionierung sinnvoll wäre.

Diese Analyse soll auf der Sitzung des Bundesjugendrates im Herbst 2015 vorgestellt und diskutiert werden. Dabei soll erfragt werden, zu welchen Themenlücken in Landesverbänden aktuelle Papiere und Arbeiten vorliegen und abgestimmt werden, zu welchen Themen der Bundesvorstand Positionen bis zur Bundesjugendversammlung 2016 entwickelt. In diese Entwicklung kann der Bundesvorstand weitere Personen einbinden, der Bundesvorstand ist auch für den Prozess der Erstellung verantwortlich.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antragssteller:

Bundesvorstand

Beschlossen auf der Bundesjugendversammlung
der BUNDjugend am 10.05.2015

Richtlinienändernder Antrag

Acht BUNDjugend-Delegierte für die BUND-BDV!

Die Bundesjugendversammlung 2016 beschließt die Richtlinie der BUNDjugend wie folgt zu ändern:

§ 5 Bundesjugendversammlung

5.1 Die Bundesjugendversammlung ist die Versammlung der Delegierten aller Landesorganisationen. Sie

- legt die Grundzüge der Arbeit der BUNDjugend fest;
- beschließt die Änderungen der Richtlinien der BUNDjugend;
- genehmigt den Haushaltsplan der BUNDjugend;
- entlastet den Bundesvorstand;

Zudem ist die Bundesjugendversammlung das oberste Wahlgremium. Sie wählt

- den Bundesvorstand für die Dauer von zwei Jahren;
- die Vertretung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Vertretung für den Verbandsrat des BUND sowie jeweils deren Stellvertretung für die Dauer von zwei Jahren;
- **vier Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung des BUND sowie Ersatzdelegierte für die Dauer von einem Jahr;**
- wählt zwei Kassenprüfende für die Dauer von einem Jahr, die nicht dem Bundesvorstand angehören dürfen und jährlich für die Bundesjugendversammlung einen Bericht erstellen. Einmalige Wiederwahl ist zulässig. [...]

§6 Bundesvorstand

6.1. Der Bundesvorstand besteht aus acht gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern. Diese werden vom Wahlgremium gewählt und nach Möglichkeit der Bewerbungslage geschlechterparitätisch bevorzugt ernannt. Dies gilt für die Wahlgänge 6.1.b) und 6.1.d) in Bezug auf den gesamten, zu diesem Zeitpunkt bereits gewählten Bundesvorstand.

Jedes Mitglied des Bundesvorstandes muss mehr als die Hälfte der Stimmen des Wahlgremiums auf sich vereinen.

Der Bundesvorstand bestimmt neben der BUND-Vertretung - und den von der Bundesjugendversammlung gewählten Delegierten (s.55) - 3 weitere Mitglieder aus seinen Reihen als Delegierte auf der BUND-Bundesdelegiertenversammlung.

[...]

Begründung:

Im Zuge dessen, dass wir mit Erfolg weitere Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung des BUND beantragt haben, fällt nun die Überarbeitung unserer Satzung an um diese der Satzung des BUND gemäß zu halten.

Antragssteller:

Bundesvorstand

Beschlossen auf der Bundesjugendversammlung
der BUNDjugend am 06.05.2017

Finanzrelevanter Antrag

Schaffung eines eigenen Etatpostens für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

Die Bundesdelegiertenversammlung des BUND möge beschließen: In der Bundesgeschäftsstelle wird ein Etatposten für Braunkohle-Campaigning zusätzlich geschaffen. Der Haushaltsposten sollte eine Höhe von EUR 33.000 umfassen, um

1. die Finanzierung von Sachkosten für die Braunkohlearbeit wie etwa Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen und/oder
2. die Möglichkeit zu erhalten, auch Personal für das Campaigning bereit zu stellen – beispielsweise in Form von Werkverträgen für einzelne Campaigning-Bausteine.
3. die personelle Schlagkraft dieser „Abteilung“ zu erhöhen, wird diesem Campaigning-Posten eine BFD-Stelle zugeordnet.

Begründung:

[...] Zuletzt stiegen die bundesdeutschen CO₂-Emissionen wieder an – insbesondere die Braunkohle erlebt ein Revival, und es wird in der Bundesrepublik so viel Braunkohlestrom erzeugt wie seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr. Neue Braunkohleabbaugebiete sollen erschlossen werden (Welzow 2 und Nochten 2) und so die Braunkohleverstromung bis weit über 2050 hinaus sichergestellt werden – mit allen bekannten Folgen: Braunkohle ist nicht nur in der Verbrennung der dreckigste fossile Energieträger. Bei keinem fossilen Energieträger wird so viel CO₂ im Vergleich zur Energieausbeute frei gesetzt wie bei der Braunkohleverstromung. [...]

Der BUND muss sich gegen diese Entwicklung deutlicher als bisher zur Wehr setzen. In der Bundesgeschäftsstelle müssen dauerhaft Ressourcen für Braunkohle-Campaigning geschaffen werden, um

1. auf bundesweitem Parkett gegen die Bemühungen der Braunkohlelobby zu agieren Ausstiegspläne zu entwickeln.

2. die Bemühungen der einzelnen betroffenen BUND-Landesverbände zu unterstützen, ggf. auch mit Werkverträgen.
3. den Kontakt zu anderen Anti-Kohle-Initiativen zu suchen, zu halten und zu verbessern und ein gemeinsames schlagkräftiges Bündnis zu formen
4. die BUND-Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema zu forcieren
5. den Aktiven und den betroffenen Landesverbänden nach inhaltlicher Abstimmung mit diesen geeigneten Materialien wie Flyer zur Verfügung stellen, um vor Ort in der Bevölkerung und im politischen Tagesgeschäft gegen die Braunkohle zu agieren. Dies schließt auch weiteres geeignetes Material zur Öffentlichkeitsarbeit vom Plakat bis hin zu Buttons und Demo-Fahnen ein.

Antragsteller:

BUND Landesverbände Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg

Beschlossen auf der Bundesdelegiertenversammlung (BDV) des BUND
am 22.11.2014

**Diese Handreichung ist verfügbar unter:
www.bundjugend.de/ueber-uns/dokumente-downloads/**